

**Entwurf des  
Haushaltssicherungskonzepts  
der Stadt Wetter (Ruhr)  
Fortschreibung  
2014 – 2022**

## Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die vorstehende Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

Wird bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, bedarf dies der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist mit der Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NRW aufzustellen, zu verbinden, wenn die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW vorliegen.

Nach § 76 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

- durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
- in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
- innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Nach der Neufassung des § 76 GO NRW soll eine Genehmigung des HSK nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzepts von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des HSK kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

Nach dem Erlass des Innenministeriums vom 06.03.2009 (der im Jahr 2012 aufgehoben wurde) bestand die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auch dann, wenn die Verringerung der allgemeinen Rücklage oberhalb der Schwellenwerte im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfolgt, auch wenn im Haushaltsjahr selbst, für das der Haushalt aufgestellt wird, die Voraussetzungen für ein Haushaltssicherungskonzept noch nicht vorliegen, d.h., die Schwellenwerte noch nicht überschritten werden. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist Bestandteil des Haushalts und muss auch bei den Vorschriften zur Haushaltskonsolidierung beachtet werden.

Die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, beginnt ab dem Haushaltsjahr, für das der Haushalt aufgestellt wird. Die Frist für den Zeitpunkt, zu dem der Haushaltsausgleich wieder herzustellen ist, läuft allerdings erst ab dem Haushaltsjahr, in dem ein negatives Jahresergebnis tatsächlich zur Verringerung der allgemeinen Rücklage oberhalb des Schwellenwertes führt.

Die Stadt Wetter (Ruhr) hat im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan des Haushaltsplanes 2008 Verringerungen oberhalb der Schwellenwerte in den Haushaltsjahren ab 2010 ausgewiesen. Demzufolge bestand bereits mit der Haushaltsplanung 2008 die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wobei das Jahr, in dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt sein musste, nach bisheriger Rechtslage das Planungsjahr 2014 war. Mit

der Haushaltsplanung für 2012 wurde der neue Ausgleichszeitraum von 10 Jahren voll ausgeschöpft. Ein Überschuss wird 2022 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2014 zeigt sich, dass der angestrebte Ausgleich weiterhin in 2022 und nicht eher darzustellen ist:

- ✓ Durch den Tarifabschluss 2012 und sich abzeichnende Personalmehrbedarfe bestehen erhebliche Mehraufwendungen für Personal. Auf die Erläuterungen im Vorbericht wird verwiesen.
- ✓ Die Entwicklung der Gewerbesteuer verläuft 2013 durch negative Einmaleffekte nicht zufriedenstellend. Ob der Ansatz von 16,3 Mio. Euro erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Für 2014 wurde die bisherige Fortschreibung beibehalten (Ansatz rd. 17,0 Mio. €).
- ✓ Im Bereich Kinder- und Jugendhilfe ergeben sich Mehraufwendungen.
- ✓ Höhere Abschreibungen i. H. v. rd. 600 T €, die sich durch Wertanpassungen im Rahmen der Prüfung und Feststellung der Eröffnungsbilanz ergeben haben, belasten den Ergebnisplan.
- ✓ Gegenüber 2013 steigen die Aufwendungen für Energie um 192 T €.
- ✓ Die Kreisumlage beträgt für 2014 rd. 14,6 Mio. €, die Mehrbelastung ggü. 2013 beträgt rd. 1,2 Mio. €.
- ✓ Die neue Abundanzumlage („Kommunal-Soli“) ist mit rd. 610 T € veranschlagt. Diese, ausschließlich auf die GFG-Strukturen berechnete Umlage, die weitere Faktoren (Verschuldung, Haushaltsausgleich) völlig unberücksichtigt lässt und zudem nicht auf die Kreisumlage angerechnet wird, wird nach der geltenden Rechtslage im Planungszeitraum 2014-2020 veranschlagt.
- ✓ Bereits die GFG-Effekte führen im kreisweiten Vergleich dazu, dass die Stadt Wetter (Ruhr) gemessen an ihrer Steuerkraft von Rang 4 auf den vorletzten Platz aller Städte im EN-Kreis „abrutscht“ (vgl. Vorbericht, Nr. 8.2.5).

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren und der geänderten Rechtslage ist das HSK fortgeschrieben und zum Teil überarbeitet worden. Der Haushaltsausgleich wird im Planungsjahr 2022 erreicht. In diesem Jahr weist der Ergebnisplan unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen des HSK einen Überschuss von rd. 466 T€ aus. Zum 31.12.2022 beträgt der Bestand der allgemeinen Rücklage rd. 29,5 Mio. €, so dass die Stadt Wetter (Ruhr) bis zu diesem Zeitpunkt nicht überschuldet sein wird.

### **Ursachen für die Fehlbetragsentwicklung**

Die Stadt Wetter (Ruhr) befand sich bereits zur Zeit der kameralistischen Haushaltsführung in der Haushaltssicherung und zwar seit dem Jahr 2003 ununterbrochen. Nach § 75 Abs. 4 GO a. F. musste der jahresbezogene Haushaltsausgleich (ohne Abdeckung von Fehlbeträgen und ohne atypische Veranschlagungen wie z.B. Rückzuführungen gemäß § 22 Abs. 3 GemHVO a.F.) damit spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr (also 2007) erreicht werden.

Während die Haushaltssicherungskonzepte bzw. Fortschreibungen 2003 bis 2006 jeweils von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurden, wurde die Genehmigung der Fortschreibung

2007 versagt, weil die Stadt den originären Ausgleich nur durch sog. atypische Veranschlagungen (Einsatz von Vermögenserlösen, die aus dem Vermögenshaushalt zugeführt wurden) erzielt hat.

Ursächlich für die Fehlbetragsentwicklung war hauptsächlich die seit Jahren rückläufige und deutlich schwankende Einnahmesituation, die wiederum ihren Ursprung in der bekannten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Lage hatte. Außerdem tragen die Städte einen beträchtliche Anteil an den einheitsbedingten Lasten, sei es durch Verminderung der Schlüsselzuweisungsmasse oder durch einen Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. Ob das Nachfolgegesetz des verfassungswidrigen Einheitslastenabrechnungsgesetzes zu einer dauerhaften Verbesserung insbesondere der steuerstarken Städte führt, bleibt abzuwarten.

Ferner haben die Ausgaben im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe dramatisch zugenommen. Der Anteil der Transferaufwendungen (insb. soziale Leistungen, Kreisumlage, Gewerbesteuerumlagen) an den ordentlichen Aufwendungen lag in der Planung 2013 bei 49,6 %. Im Jahr 2014 werden die Transferaufwendungen um die Abundanzumlage erweitert, näheres siehe Vorbericht zum Haushalt 2014. Der Anteil der Transferaufwendungen an den Gesamtaufwendungen steigt damit auf 49,8 %, in der Fortschreibung bis 2017 auf 52,0 % und im Jahr 2022 (ohne Abundanzumlage!) auf rd. 53,6 %. Zum Vergleich betrug der Anteil der laufenden Zuweisungen/Zuschüsse, der Kreis- und Gewerbesteuerumlagen im Jahr 2002 (dem letzten Jahr ohne Haushaltssicherungskonzept) an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes rd. 37 %.

Die Umstellung auf das NKF hat die Situation für die Kommunen nicht verbessert. Da im NKF erstmals auch der Werteverzehr des Anlagevermögens in Form von Abschreibungen im Ergebnisplan abzubilden ist und die Höhe dieser Abschreibungen im Regelfall die frühere Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt um Einiges übertrifft, haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert.

### **Umsetzung des zuletzt genehmigten HSK**

Das gegenwärtige HSK ist in vielen Bereichen umgesetzt worden (Übersicht s. Anlage). Die Fortschreibung des HSK verdeutlicht, dass größere Konsolidierungsbemühungen erforderlich sind, wofür aber vielfach politische Beschlüsse benötigt werden.

Folgende Konsolidierungsmaßnahmen wurden in die Fortschreibung des HSK nicht mehr bzw. verändert aufgenommen:

Nr. 15: Energieeinsparung in Gebäuden.

Die Energieeinsparungen lassen sich nicht in der bisher veranschlagten Höhe realisieren. Es kommt im Vergleich zum Ansatz 2013 zu Mehraufwendungen. Diese sind im HSK als Negativbeträge ausgewiesen. Im Entwurf des HSK sind besonders die Energieeinsparungen durch neue Beleuchtung in den Turnhallen (27.000 € von 2014 auf 2015), die Aufgabe des Gebäudes Haus Hove 7 von 2015 auf 2016 (30.000 €) und die Aufgabe eines Schulgebäudes (Hauptschule) im Jahr 2018 (weitere 30.000 €) abgebildet. Die ehemalige Seniorenbegegnungsstätte in der Karl-Siepmann-Straße soll veräußert werden.

Nr. 17: Reduzierung Fremdleistungen durch Hausmeisterpool.

Die Maßnahme ist bislang nicht umgesetzt und wird durch die Maßnahme „Optimierung der Gebäudereinigung – Personalkosteneinsparung“ ersetzt. In drei Gebäuden wurde ein optimiertes Reinigungskonzept erprobt. Es soll schrittweise auf alle Gebäude der Stadt Wetter (Ruhr) ausgeweitet werden.

Nr. 19: Altpapierentsorgung durch Ehrenamtliche.

Die Maßnahme ist bislang nicht umgesetzt und wird gestrichen.

Nr. 22: Reduzierung Zuschussbedarf Volkshochschule.  
Maßnahme ist nach ggw. Stand nicht umzusetzen, wirtschaftlichere Lösung nicht zu erkennen.

Nr. 23: Reduzierung Zuschussbedarf Musikschule.  
Im Jahr 2017 gehen 2 Musikschullehrer in den Ruhestand. Diese Stellen werden von der Stadt nicht wieder besetzt. Vorher ist keine Einsparung zu realisieren. Der Zuschussbedarf gegenüber dem Planungsjahr 2013 ist angestiegen.

Nr. 30: Spielplätze, Einsparung Unterhaltungsaufwand.  
Die Maßnahme wird 2014 wegen zur Beseitigung von Unfallgefahren ausgesetzt.

Nrn. 33, 34: Reduzierung Leistungsdichte Hilfen zur Erziehung; Weiterentwicklung Präventionskonzept.  
Die Hilfen zur Erziehung lassen sich nicht sofort reduzieren. Das Präventivkonzept muss weiter entwickelt und ausgebaut werden. Die Aufwendungen steigen weiterhin insgesamt, wobei sich im Zeitvergleich eine Tendenz zum niederschwelligeren Angebot verfestigt hat und weiter wird (vgl. Produktgruppe 06.03: familienunterstützende / -ergänzende Maßnahmen steigen, familienersetzende Maßnahmen sinken).

Nr. 45: Einsparung Straßenbeleuchtung.  
Die Einsparung lässt sich gegenwärtig nicht erzielen. Es muss aber weiterhin an Lösungen gearbeitet werden, um Einsparungen zu erreichen. Der gegenwärtige Straßenbeleuchtungsvertrag läuft Ende 2014 aus. Die Verwaltung beschäftigt sich bereits mit Lösungsansätzen, die Politik (Arbeitsgruppe Energie) ist im Rahmen einer Auftaktveranstaltung informiert worden.

## **Prüfpunkte des Handlungsrahmens des IM NRW zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten**

### **1. Orientierungsdaten 2014 - 2017**

Im Bereich der Steuern werden die Orientierungsdaten ausgeschöpft. Bei der Gewerbesteuer ist der Entwicklung im laufenden Jahr 2013 Rechnung getragen worden; als Basis für die Fortschreibung dient hier die der Planwert für das Jahr 2013. Eine Hebesatzerhöhung wurde zuletzt 2012 durchgeführt. Eine weitere Erhöhung ist für 2014 vorgesehen. Gleiches trifft auf die Grundsteuer B zu. Bei der Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung erfolgt die Veranschlagung der Ansätze 2014-2017 auf Basis der Orientierungsdaten. Für die Jahre nach 2017 ist nach einem Erlass des Innenministeriums ein geometrisches Mittel anzuwenden, das die tatsächlichen Einzahlungen/Erträge über einen Zeitraum der letzten zehn Jahre berücksichtigt. Dabei wurden bei der Gewerbesteuer Sondereffekte (hohe einmalige Nachzahlungen aufgrund von Veranlagungen für Vorjahre) nicht mit einbezogen.

Schlüsselzuweisungen wird die Stadt Wetter (Ruhr) während des gesamten Zeitraums spätestens seit der strukturellen Veränderung des GFG nicht erhalten.

Die Orientierungsdaten sehen für Personalaufwendungen für 2014 – 2017 eine Steigerung von 1% vor. Durch mehrere geplante Personalmaßnahmen, die Umsetzung des Tarifabschlusses sowie die erhöhte Veranschlagung von Rückstellungen für Mehrarbeit und Urlaub (die in nahezu gleicher Höhe aufgrund des Bruttoprinzips bei den ordentlichen Erträgen veranschlagt sind) wird dieser Wert 2014 überschritten. Allerdings wird er auch in den darauffolgenden Jahren durch Personalabgänge unterschritten.

Wegen der Veranschlagung von besonderen Unterhaltungsmaßnahmen, z. B. Sanierung Hallenbad in mehreren Bauabschnitten oder verschiedene Toilettensanierungen in Schulen, schwanken diese Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen stark und liegen oberhalb und unterhalb der Orientierungsdaten. Im Planungszeitraum werden die Orientierungsdaten ggü. der Vorgabe unterschritten.

Ähnliches gilt für Transferaufwendungen.

2. Die Personalaufwendungen/-auszahlungen steigen im Jahr 2014 wegen der geplanten Neueinstellungen bzw. Stundenerhöhungen überproportional an. Allerdings handelt es sich bei den Aufgaben um Pflichtaufgaben, z.B. Jugendschutz oder Jahresabschlussarbeiten. Oder die Aufgaben werden gegen Kostenerstattung wahrgenommen, z. B. Kreisarchiv. Es ist geplant, zwei Auszubildende als Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter/innen zu übernehmen. Im Bereich der Wirtschaftsförderung soll eine Teilzeitkraft eingestellt werden, vorrangig für den Bereich der Förderung des Einzelhandels.

Nach 2014 ist eine Abflachung des Anstiegs bis hin zur Reduzierung der Personalaufwendungen zu verzeichnen. Ab dem Planungsjahr 2018 sind Steigerungen lt. OD eingeplant. Im Zeitraum von 2002 bis 2014 sind (unter Berücksichtigung der Erhöhung in 2014) 17 Stellen abgebaut worden (dieser Abbau entspricht Personalaufwendungen von z. Zt. über 900 T € jährlich). Bis 2018 werden bei der Stadt Wetter (Ruhr) 29 Beschäftigte aus Altersgründen ausscheiden. In jedem Einzelfall wurde und wird geprüft, ob auf die Wiederbesetzung ganz oder teilweise verzichtet oder die Stelle abgewertet und entsprechend besetzt werden kann oder hausinterne Umsetzungen möglich sind oder unter Wirtschaftlichkeitsabwägungen Aufgaben privatisiert oder durch interkommunale Kooperation erledigt werden können.

Die Frist der Wiederbesetzungssperre von mindestens 12 Monaten ist eingehalten worden. Abweichungen hiervon sind im Einzelfall begründbar dokumentiert worden.

Bereitschaftsdienste sind auf das notwendige Maß beschränkt. Der seit Jahre hohe Überstundenanteil (schwankend zwischen 5.000-6.300 Stunden, rechnerisch somit 3-4 Vollzeitstellen) soll perspektivisch reduziert werden, wobei dies bei tendenziell sinkendem Personalbestand nur eingeschränkt möglich ist.

Der Bereich Druckerei/Schnellvervielfältigung ist deutlich reduziert worden. Die Gebäudereinigung wird teilweise von Privaten durchgeführt; sofern eigenes Personal eingestellt wird, werden ausschließlich Zeitverträge geschlossen. Ein Konzept zu Reinigungsoptimierung ist in Referenzobjekten umgesetzt worden. Die daraus gewonnen Erkenntnisse werden sukzessive auf andere Objekte umgesetzt. In der Vergangenheit haben Übertragungen von städtischen Einrichtungen an Dritte mit dem Ziel der (Personal-)kostenreduzierung stattgefunden (vgl. vorherige Berichte).

Im HSK sind mehrere weitere Einsparungen im Personalbereich , z. T. mit Teilkompensationen, vorgesehen (vgl. HSK, lfd. Nrn. 4, 13, 14, 17, 18, 23, 39, 41) und überwiegend umgesetzt worden. Die vollständige Umsetzung kann nur gelingen, wenn interne Lösungen, z. T. über Personalentwicklungsmaßnahmen, möglich sind.

3. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entwickeln sich im Planungszeitraum größtenteils rückläufig. Ausnahmen bilden die Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung und die Aufwendungen für Leistungen des Stadtbetriebes. Einsparungen insbesondere in den größeren Aufwandsbereichen Gebäudeunterhaltung/-bewirtschaftung oder Straßenunterhaltung sind zumeist vorgesehen (vgl. HSK, z. B. lfd. Nrn. 16, 52). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass neben deutlichen Preiseffekten, die als Risiko benannt werden können, auch der Immobilien- und Infrastrukturbestand nicht kurzfristig geändert werden kann. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung müssen hier Beschlüsse gefasst werden, welche Infrastruktur für die Stadt Wetter (Ruhr) langfristig erforderlich ist. Hier ist auch ein Zusammenhang mit der Höhe der (zukünftigen) bilanziellen Abschreibungen zu erkennen.
4. Die Transferaufwendungen sind eingeschränkt zu beeinflussen. Auf die Höhe der Kreisumlage kann allenfalls mittelbar eingewirkt werden. Es muss deutlich werden, dass die Kreistagsmitglieder nicht nur über den (ausgeglichenen) Haushalt des Kreises entscheiden, sondern auch über mögliche Mehrbelastungen der kreisangehörigen Städte, sofern neue freiwillige Leistungen, übernommen werden sollten.

Die Aufwendungen für die Jugendhilfe sind in den letzten Jahren gestiegen und befinden sich insgesamt auf einem hohen Niveau; gleiches gilt für die Falldichte. Seitens des Fachpersonals ist festzustellen, dass die Zahl von „Multiproblemfamilien“ in den letzten Jahren zugenommen hat und der Zeitaufwand pro Fall steigt. Durch ein Konzept zur Frühprävention sollen (später) kostenintensive Fälle vermieden werden (vgl. HSK, lfd. Nr. 33). Die steigende Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung kommt es aber nicht zu Einsparungen. Im HSK ist darüber hinaus die schrittweise Reduktion der freiwilligen Zuschüsse bei den Tageseinrichtungen für Kinder vorgesehen.

Die Gewerbesteuerumlage ist nicht zu beeinflussen. Der Vervielfältiger liegt 2014 und in den Folgejahren bei 69 v.H. (davon 35 v.H. allgemeine Umlage und 34 v.H. Fonds Deutsche Einheit).

Die Abundanzumlage ist mit anfänglich rd. 610 T € veranschlagt.

5. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen bewegen sich im Konsolidierungszeitraum auf gleichbleibendem Niveau und werden restriktiv bewirtschaftet.

6. Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen steigen im Planungszeitraum. Hauptursache für die Erhöhung ist die haushaltsrechtliche Bereitstellung von Finanzmitteln für den möglichen Erwerb von Aktien der AVU. Obwohl ab dem Jahr 2018 ein Finanzmittelüberschuss ausgewiesen wird, können die Zinsaufwendungen nicht reduziert werden, da die Zinssätze steigen und dieser Effekt aufgrund der Finanzierung des Liquiditätskreditbestandes überwiegt.
7. Der Ertragsbereich soll auch weiterhin optimiert werden. Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben soll die Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbsteuer im Jahr 2014 um 5 %-Punkte erfolgen. Ferner soll der Hebesatz der Grundsteuer B in 2014 um 30 %-Punkte angehoben werden. Enthalten ist ein Anteil von 8 % Punkten für die Unterhaltung der Gewässer. Bereits umgesetzt ist eine Anhebung der Bemessungsgrundlage bei der Vergnügungssteuer ab 2011.

Die Hebesätze der Realsteuern befanden sich bereits in vergangenen Jahren deutlich über dem Landesdurchschnitt unserer Größenklasse. In dem von IT.NRW publizierten Realsteuervergleich 2012 kann entnommen werden, dass die Durchschnittshebesätze in NRW bei 431 v.H. (Grundsteuer B) und 428 v.H. (Gewerbsteuer) lagen. Im Ennepe-Ruhr-Kreis lagen die Hebesätze 2012 zwischen 430 v.H. und 540 v.H. (Grundsteuer B) sowie 411 v.H. und 490 v.H. (Gewerbsteuer). Zum Vergleich, Wetter hatte im gleichen Jahr Steuersätze von 435 v.H. (Grundsteuern) und 450 v.H. (Gewerbsteuern). Auf die Übersicht im Vorbericht, Seite 38, wird verwiesen, allerdings werden dort die Hebesätze 2013 verglichen.

Die Finanzerträge werden von der Gewinnabführung durch den Stadtbetrieb in Höhe von 1,25 Mio. € geprägt. Hier hat der Rat im Interesse der Konsolidierung des „Gesamtkonzerns Stadt“ eine deutliche, dauerhafte Anhebung beschlossen. Ab 2015 wird die Dividende aufgrund der Beteiligung an der AVU veranschlagt.

8. Die Pflichtaufgaben werden fortdauernd auf Einsparungsmöglichkeiten geprüft. Kooperationen bestehen seit Jahren in den Bereichen Rettungsdienst und Rechnungsprüfung, des Weiteren ab 2009 im Bereich Personaldienstleistungen. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW gibt zu einigen Bereichen Empfehlungen, die in die Haushaltsberatungen eingeflossen sind. Vielfach sind sie bereits in die Fortschreibung des HSK aufgenommen worden, müssen aber teilweise angepasst werden oder lassen sich nicht ohne Weiteres umsetzen.
9. Die freiwilligen Leistungen stehen besonders im Fokus des HSK. Im kulturellen Bereich wurden Veranstaltungen aus Wirtschaftlichkeitsgründen aufgegeben (Park-Festival) oder sollen reduziert bzw. ausgelagert werden. Private Dritte erhalten vereinbarte Pauschalzuschüsse (z.B. Freibad, Stadtsaal, Elbschehalle), die z.T. perspektivisch reduziert werden sollen. Auf vergangene Berichte wird verwiesen. In der Fortschreibung des HSK sind weitere Einsparungen bzw. Zuschussreduzierungen, z. B. beim Hallenbad, der Musikschule oder der Bücherei, vorgesehen. Die Liste der freiwilligen Leistungen ist als Anlage beigefügt, ebenso die Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum.
10. Von Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 GemHVO wurde im Jahr 2013 verhältnismäßig restriktiv Gebrauch gemacht.
11. Deckungsreserven für über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen sind nicht vorgesehen. Sofern notwendig, werden diese vorrangig durch Einsparungen an anderen Stellen finanziert.
12. Durch die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen haben Vermögensveräußerungen keine Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt, aber auf die Bilanz und die Liquidität. Vermögensveräußerungen sind im Wesentlichen bei den

unbebauten Grundstücken vorgesehen. In Vorjahren wurden nicht mehr benötigte Gebäude veräußert. Das HSK sieht u.a. die Schließung von zwei Sportplätzen vor. In einem Fall ist das Grundstück für Wohnbebauung vorgesehen. Die Reduktion von Kinderspielplätzen erfolgt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und mit dem Ziel der Haushaltsentlastung. Abschließende Effekte sind noch nicht ermittelt, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die schrittweise Reduzierung des Pflegeaufwandes (nicht in 2014) und die „Deckelung“ der Ersatzinvestitionen dargestellt wird. Insgesamt werden, auch unter dem Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaspekt, Vermögensveräußerungen einzelfallbezogen geprüft.

14. Das Forderungsmanagement ist dahingehend optimiert worden, dass neben einem externen Verwaltungshelfer zwei Stellen im Vollziehungsbereich besetzt sind. Der „Erfolg“ lässt sich daran ablesen, dass regelmäßig der bei den Zielen und Kennzahlen ermittelte Aufwandsdeckungsgrad bei deutlich über oder knapp unter 100 % liegt.



Ifd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Ergebnisplan											
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
27	05.01.01	Unterstützung von Senioren	Reduktion Aufwendungen für Geselligkeit und Unterhaltung	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
28	06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	Reduzierung freiwillige Zuschüsse	0	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
29	06.02.02	Kinder- und Jugendarbeit außerh. v. Einrichtungen	Reduktion der Aufwendungen für Veranstaltungen und Ferienmaßnahmen auf den Stand 2006	2.700	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
30	06.02.03	Spielplätze	Bestand: 40 Spielplätze; Reduktion von Spielplätzen,												
31			Einsparung Unterhaltungsaufwand	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
32			Reduktion Neuanlage und Umgestaltung von Spielplätzen												
			Abschreibungen ab 1.7., ND=10 J.	9.000	11.000	13.000	15.000	17.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
			Wegfall aktiv. Eigenleistungen	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
33	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Familien	Reduzierung Leistungsdichte Hilfen zur Erziehung (GPA Ju - 29/36); Mehraufwand ggü. 2013	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
34	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Familien	Weiterentwicklung Präventionskonzept (GPA Ju - 29/36)	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
35	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Bestand: 7 Sportplätze; Schließung von zwei Plätzen,												
			Einsparung Unterhaltung geschätzt	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
36	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Einsparung Sportplatzpflege durch ehrenamtliches Engagement, geschätzt	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
37	08.03.02	Hallenbad	Reduktion der Öffnungszeiten;												
			Einsparung Personalaufwendungen	11.524	11.605	11.686	11.768	11.850	11.969	12.088	12.209	12.331	12.455	12.579	
38	08.03.02	Hallenbad	Mehrerträge durch Innenwerbung	12.500	0	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008	21.008
39	08.03.03	Lehrschwimmbecken	Schließung eines Lehrschwimmbeckens;												
			Einsparung Sach- und Dienstleistungen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
40	09.01.02	Verbindliche Bauleitplanung, Satzungen	Reduktion des Ansatzes für Aufwendungen												
			Sach- und Dienstleistungen	2.500	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
41	10.03.01	Wohnungsbauförderung	tlw. Verzicht auf Produkt, Einsparung Personalaufwendungen	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890
42	10.05.01	Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Wohnungslose, Aussiedler...	Optimierung der Unterbringung; - Gebührenerhöhung? - räumliche Veränderung, insbes.												
			Verzicht auf Miete Haus Hove	0	11.000	11.000	57.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000
43	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Einsparung Straßenbeleuchtung (GPA In - 26)	46.000	37.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
44	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Reduzierung Leistungsstandard bei der Straßenunterhaltung um ca. 100 € pro 1.000 m² Verkehrsfläche (vgl. GPA In - 13)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
45	13.01.02	Natur und Landschaft	Teilweise Übertragung d. Pflege der Ausgleichsmaßnahmen auf private Grundstückseigentümer gegen Nutzung, z. B. als Spielfläche, ca. 20 % vom Ansatz	5.100	5.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100

Ifd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Ergebnisplan											
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
46	14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	Redukt. Sachaufw. Umweltmarkt	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
47	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
48	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer von 450 auf 485 v.H. in 2012, 490 v.H. in 2014	780.000	811.200	1.517.141	1.567.207	1.615.790	1.664.264	1.712.527	1.791.132	1.873.345	1.959.332	2.049.265	
49	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B von 435 auf 460 v.H. in 2012 und auf 490 v.H. in 2014	245.152	256.056	648.129	659.795	671.672	683.762	700.172	716.976	734.184	751.804	769.847	
50	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	660.000	700.000	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370
51	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergütungssteuer auf 12 % der Bemessungsgrundlage (von 10 %)	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400
52	versch.	Flächenmanagement Gebäudebereich	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)		33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	123.800	123.800	123.800	123.800	123.800
<b>Summe</b>				<b>2.357.584</b>	<b>2.513.816</b>	<b>3.558.886</b>	<b>3.722.792</b>	<b>3.879.382</b>	<b>3.995.334</b>	<b>4.182.354</b>	<b>4.279.697</b>	<b>4.382.035</b>	<b>4.487.491</b>	<b>4.598.249</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Finanzplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
1	01.01.01	Rat, Ausschüsse etc.	Verkleinerung des Rates, max. Einsparung mit 8 Überhangmandaten	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890
2	01.01.03	Verwaltungsführung	Reduktion Repräsentationskosten, Ehrengaben etc.	1.400	1.400	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
3	01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	Reduktion Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
4	01.03.XX	Zentrale Dienste	Stellenreduktion im FD 1/1 (Ruhestand)	0	71.760	72.478	73.203	73.935	74.674	75.421	76.175	76.937	77.706	78.483
5	01.03.XX	Zentrale Dienste	Mehraufwendungen durch Teilkompensation Stellenwegfall	0	-42.520	-42.945	-43.374	-43.808	-44.246	-44.688	-45.135	-45.586	-46.042	-46.502
6	01.03.02	Informations- u. Kommunikationstechnik	Mehrträge durch interkommunale Zusammenarbeit (Zeiterfassungssoftw.); Ertrag noch geschätzt	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	01.05.01	Personalmanagement	tlw. Personalsachbearbeitung für Stadt Gevelsberg	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
8	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements zur Reduzierung des Krankenstandes; Mehraufwendungen	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000
9	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements Reduzierung von Überstunden, geschätzt											
10	01.06.XX	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	Einsparung einer Stelle im FD 1/2 (u. a. GPA Pe - 29)	0	0	41.070	41.357	41.647	42.063	42.484	42.909	43.338	43.771	44.209
11	01.06.03	Vollstreckung	Optimierung des Forderungsmanagements durch externen Verwaltungshelfer, gesch.	5.000	6.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
12	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Reduktion der Unterhaltungspauschale an Verein	6.300	5.300	5.300	4.300	4.300	3.250	3.250	2.200	2.200	1.200	1.200
13	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Stelle im FB 4; Umorganisation im Fachbereich (GPA Pe - 36)	0	0	66.000	66.462	66.927	67.597	68.272	68.955	69.645	70.341	71.045
14	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung Hausmeisterstelle	45.248	45.700	46.020	46.342	46.666	47.133	47.604	48.080	48.561	49.047	49.537
15	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Energieeinsparung (z. T. über Einbindung von Nutzern; GPA Gw - 26)	100.000	51.155	-191.953	-165.314	-134.944	-123.134	-103.469	-113.208	-123.043	-132.978	-143.011
16	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung (GPA Gw - 32/35); Sachaufwand	60.000	60.000	88.662	100.362	99.912	100.012	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
17	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung Personalaufwendungen	0	0	26.771	31.582	31.989	32.402	42.823	53.250	63.685	74.127	84.577
18	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern; Personalaufwendungen geschätzt Sachaufwendungen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
19	03.01....	Schulen	Altpapierentsorgung durch Ehrenamtliche	1.900	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
20	04.01.01	Kulturförderung	Reduktion der Kulturförderung	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620	7.620
21	04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	Neuorganisation Veranstaltungen	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350
22	04.03.01	Volkshochschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 39/40)	7.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23	04.03.02	Musikschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 37)	15.000	20.000	-15.011	-15.436	-12.092	28.050	28.331	28.614	28.900	29.189	29.481
24	04.03.03	Medien und Information	Erhöhung der Gebühren; Anpassung Öffnungszeiten (GPA Fi - 44)	25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
25	04.03.03	Medien und Information	weitere Reduktion des Ansatzes für Bücher etc.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
26	04.03.04	Archiv	weitere Reduktion des Ansatzes für Veröffentlichungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
27	05.01.01	Unterstützung von	Reduktion Aufwendungen für											

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Finanzplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
		Senioren	Geselligkeit und Unterhaltung	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
28	06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	Reduzierung freiwillige Zuschüsse	0	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
29	06.02.02	Kinder- und Jugendarbeit außerh. v. Einrichtungen	Reduktion der Aufwendungen für Veranstaltungen und Ferienmaß- nahmen auf den Stand 2006	2.700	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
30	06.02.03	Spielplätze	Bestand: 40 Spielplätze; Reduktion von Spielplätzen,											
31			Einsparung Unterhaltungsaufwand	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
32			Reduktion Neuanlage und Umgestal- tung von Spielplätzen	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
			Abschreibungen ab 1.7., ND=10 J. Wegfall aktiv. Eigenleistungen											
33	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Familien	Reduzierung Leistungsdichte Hilfen zur Erziehung (GPA Ju - 29/36); Mehraufwand ggü. 2013	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
34	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Familien	Weiterentwicklung Präventionskonzept (GPA Ju - 29/36)	0	10.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
35	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Bestand: 7 Sportplätze; Schließung von <b>zwei</b> Plätzen,											
			Einsparung Unterhaltung geschätzt	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
36	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Einsparung Sportplatzpflege durch ehrenamtliches Engagement, geschätzt	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
37	08.03.02	Hallenbad	Reduktion der Öffnungszeiten;											
			Einsparung Personalaufwendungen	11.524	11.605	11.686	11.768	11.850	11.969	12.088	12.209	12.331	12.455	12.579
38	08.03.02	Hallenbad	Mehrerträge durch Innenwerbung	12.500	0	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
39	08.03.03	Lehrschwimmbecken	Schließung eines Lehrschwimmbeckens; Einsparung Sach- und Dienstleistungen 50 % der Aufwendungen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
40	09.01.02	Verbindliche Bauleitpla- nung, Satzungen	Reduktion des Ansatzes für Vermessungen	2.500	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
41	10.03.01	Wohnungsbauförderung	tlw. Verzicht auf Produkt, Ein- sparung Personalaufwendungen	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890
42	10.05.01	Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Woh- nungslose, Aussiedler...	Optimierung der Unterbringung: - Gebührenerhöhung? - räumliche Veränderung, insbes. Verzicht auf Miete Haus Hove	0	11.000	11.000	57.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000	117.000
43	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Einsparung Straßenbeleuchtung (GPA In - 26)	46.000	37.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
44	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Reduzierung Leistungsstandard bei der Straßenunterhaltung um ca. 100 € pro 1.000 m² Verkehrsfläche (vgl. GPA In - 13)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldo-reduktion Finanzplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
45	13.01.02	Natur und Landschaft	Teilweise Übertragung d. Pflege der Ausgleichsmaßnahmen auf private Grundstückseigentümer gegen Nutzung, z. B. als Spiel- fläche, ca. 20 % vom Ansatz	5.100	5.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
46	14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	Redukt. Sachaufw. Umweltmarkt	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
47	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
48	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer von 450 auf 485 v.H. in 2012, 490 v.H. in 2014	780.000	811.200	1.517.141	1.567.207	1.615.790	1.664.264	1.712.527	1.791.132	1.873.345	1.959.332	2.049.265
49	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B von 435 auf 460 v.H. in 2012 und auf 490 v.H. in 2014	245.152	256.056	648.129	659.795	671.672	683.762	700.172	716.976	734.184	751.804	769.847
50	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	660.000	700.000	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370	808.370
51	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergnügungssteuer auf 12 % der Bemessungsgrundlage (von 10 %)	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400	16.400
52	versch.	Flächenmanagement Gebäudebereich	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)		33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	123.800	123.800	123.800	123.800	123.800
<b>Summe</b>				<b>2.354.584</b>	<b>2.508.816</b>	<b>3.555.878</b>	<b>3.716.784</b>	<b>3.872.374</b>	<b>3.986.326</b>	<b>4.173.346</b>	<b>4.270.689</b>	<b>4.373.027</b>	<b>4.478.483</b>	<b>4.589.241</b>

Beschreibung	Ergebnisplan					
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Steuern und ähnliche Abgaben	42.516.445	43.957.047	45.459.255	47.026.028	48.660.476	50.365.866
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.051.007	2.043.483	2.043.483	2.043.483	2.043.483	2.043.483
+ Sonstige Transfererträge	340.000	350.000	360.000	370.000	380.000	390.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.656.109	1.664.090	1.672.410	1.680.772	1.689.176	1.697.622
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	543.890	540.379	543.081	545.797	548.526	551.268
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.078.328	6.108.720	6.139.263	6.169.960	6.200.809	6.231.813
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.845.550	1.830.550	1.815.550	1.800.550	1.785.550	1.770.550
+ Aktivierte Eigenleistungen	28.020	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>55.059.349</b>	<b>56.509.269</b>	<b>58.048.043</b>	<b>59.651.590</b>	<b>61.323.020</b>	<b>63.065.602</b>
- Personalaufwendungen	11.177.259	11.289.032	11.401.922	11.515.941	11.631.101	11.747.412
- Versorgungsaufwendungen	1.760.097	1.810.097	1.860.097	1.910.097	1.960.097	2.010.097
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.700.586	8.749.422	8.836.916	8.925.285	9.014.538	9.104.683
- Bilanzielle Abschreibungen	4.631.123	4.490.000	4.505.000	4.520.000	4.535.000	4.550.000
- Transferaufwendungen	30.092.520	30.849.850	31.628.745	32.432.421	32.555.397	33.389.371
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.534.259	1.460.000	1.470.000	1.480.000	1.490.000	1.500.000
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>57.895.844</b>	<b>58.648.401</b>	<b>59.702.680</b>	<b>60.783.745</b>	<b>61.186.132</b>	<b>62.301.563</b>
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-2.836.495</b>	<b>-2.139.132</b>	<b>-1.654.638</b>	<b>-1.132.155</b>	<b>136.888</b>	<b>764.040</b>
+ Finanzerträge	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.198.214	2.270.725	2.314.687	2.409.764	2.468.477	2.470.610
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>-25.322</b>	<b>-97.833</b>	<b>-141.795</b>	<b>-236.872</b>	<b>-295.585</b>	<b>-297.718</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2.861.817</b>	<b>-2.236.965</b>	<b>-1.796.432</b>	<b>-1.369.027</b>	<b>-158.697</b>	<b>466.321</b>

## Finanzplan

Beschreibung	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Steuern und ähnliche Abgaben	42.516.445	43.957.047	45.459.255	47.026.028	48.660.476	50.365.866
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	669.845	740.000	740.000	740.000	740.000	740.000
+ Sonstige Transfereinzahlungen	340.000	350.000	360.000	370.000	380.000	390.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.668.310	1.676.352	1.684.733	1.693.157	1.701.623	1.710.131
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	549.479	545.996	548.726	551.470	554.227	556.998
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	6.078.328	6.108.720	6.139.263	6.169.960	6.200.809	6.231.813
+ Sonstige Einzahlungen	1.457.400	1.400.550	1.385.550	1.370.550	1.355.550	1.340.550
+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892	2.172.892
= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>55.452.699</b>	<b>56.951.557</b>	<b>58.490.420</b>	<b>60.094.057</b>	<b>61.765.578</b>	<b>63.508.251</b>
- Personalauszahlungen	10.760.443	10.868.047	10.976.728	11.086.495	11.197.360	11.309.334
- Versorgungsauszahlungen	1.720.000	1.660.000	1.710.000	1.760.000	1.810.000	1.860.000
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.741.827	8.791.075	8.878.986	8.967.776	9.057.454	9.148.028
- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.198.214	2.270.725	2.314.687	2.409.764	2.468.477	2.470.610
- Transferauszahlungen	30.091.830	30.849.160	31.628.055	32.431.731	32.554.707	33.388.681
- Sonstige Auszahlungen	1.671.124	1.810.666	1.821.000	1.831.000	1.841.000	1.851.000
= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>55.183.438</b>	<b>56.249.674</b>	<b>57.329.456</b>	<b>58.486.767</b>	<b>58.928.997</b>	<b>60.027.653</b>
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>269.261</b>	<b>701.883</b>	<b>1.160.964</b>	<b>1.607.290</b>	<b>2.836.580</b>	<b>3.480.598</b>
+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.802.672	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000	1.150.000
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	96.250	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	104.500	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	2.944	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	<b>2.006.366</b>	<b>1.630.000</b>	<b>1.630.000</b>	<b>1.630.000</b>	<b>1.630.000</b>	<b>1.630.000</b>
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	96.180	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.078.900	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	715.895	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	36.950	37.060	37.170	37.280	37.390	37.500
- Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<b>2.927.925</b>	<b>2.257.060</b>	<b>2.257.170</b>	<b>2.257.280</b>	<b>2.257.390</b>	<b>2.257.500</b>
= Saldo aus Investitionstätigkeit	<b>-921.559</b>	<b>-627.060</b>	<b>-627.170</b>	<b>-627.280</b>	<b>-627.390</b>	<b>-627.500</b>
= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	<b>-652.298</b>	<b>74.823</b>	<b>533.794</b>	<b>980.010</b>	<b>2.209.190</b>	<b>2.853.098</b>
+ Aufnahme u. Rückflüsse von Darlehen	2.233.757	1.183.693	0	803.045	0	0
- Tilgung u. Gewährung von Darlehen	3.282.130	2.704.849	1.410.388	2.029.634	1.221.595	1.212.467
= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<b>-1.048.373</b>	<b>-1.521.155</b>	<b>-1.410.388</b>	<b>-1.226.589</b>	<b>-1.221.595</b>	<b>-1.212.467</b>
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	<b>-1.700.671</b>	<b>-1.446.332</b>	<b>-876.594</b>	<b>-246.579</b>	<b>987.595</b>	<b>1.640.630</b>

Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2022 (Umsetzungsstand 2013)

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2013	Bemerkungen
1	01.01.01	Rat, Ausschüsse etc.	Verkleinerung des Rates, max. Einsparung mit 8 Überhangmandaten	12.890	umgesetzt
2	01.01.03	Verwaltungsführung	Reduktion Repräsentations- kosten, Ehrengaben etc.	1.400	umgesetzt
3	01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	Reduktion Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	300	umgesetzt
4	01.03.XX	Zentrale Dienste	Stellenreduktion im FD 1/1 (Ruhestand)	71.760	umgesetzt
5	01.03.XX	Zentrale Dienste	Mehraufwendungen durch Teilkompensation Stellenwegfall (geschätzt)	-42.520	umgesetzt
6	01.03.02	Informations- u. Kommunikationst	Mehrerträge durch interkommunale Zusammenarbeit (Zeiterfassungssoftw.); Ertrag noch geschätzt	0	nicht zu realisieren
7	01.05.01	Personalmanagement	tlw. Personalsachbearbeitung für Stadt Gevelsberg	40.000	umgesetzt
8	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements zur Reduzierung des Krankenstandes; Mehraufwendungen	-3.000	umgesetzt
9	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements Reduzierung von Überstunden, geschätzt	15.000	in Bearbeitung
10	01.06.XX	Finanzmanagement u. Rechnungs	Einsparung einer Stelle im FD 1/2 (u. a. GPA Pe - 29)	0	Umsetzung nach 2013
11	01.06.03	Vollstreckung	Optimierung des Forderungsmanagements durch externen Verwaltungshelfer, gesch.	6.000	umgesetzt, Ertrag bleibt abzuwarten
12	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Reduktion der Unterhaltungspauschale an Verein - keine Erneuerg. Lüftungsanlage	5.300	umgesetzt
13	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Stelle im FB 4; Umorganisation im Fachbereich (GPA Pe - 36)	0	Umsetzung nach 2013
14	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung Hausmeisterstelle	45.700	umgesetzt
15	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiede Produkte	Energieeinsparung (z. T. über Einbindung von Nutzern; GPA Gw - 26)	51.155	Umsetzung läuft
16	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiede Produkte	Reduzierung von Fremdleistungen durch Hausmeisterpool, geschätzt	5.000	nicht zu realisieren
17	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiede	Optimierung der Gebäudereinigung		

## Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2022 (Umsetzungsstand 2013)

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2013	Bemerkungen
		Produkte	(GPA Gw - 32/35)	60.000	Umsetzung läuft
18	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Personalaufwendungen geschätzt Sachaufwendungen	3.000 1.810	umgesetzt umgesetzt
19	03.01....	Schulen	Altpapierentsorgung durch Ehrenamtliche	0	nicht zu realisieren
20	04.01.01	Kulturförderung	Reduktion der Kulturförderung	7.620	umgesetzt
21	04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	Neuorganisation Veranstaltungen	14.350	umgesetzt
22	04.03.01	Volkshochschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 39/40)	0	nicht zu realisieren
23	04.03.02	Musikschule	Reduktion des Zuschussbedarfs (GPA Fi - 37)	20.000	in Bearbeitung
24	04.03.03	Medien und Information	Erhöhung der Gebühren; Anpassung Öffnungszeiten (GPA Fi - 44)	0	nicht zu realisieren
25	04.03.03	Medien und Information	weitere Reduktion des Ansatzes für Bücher etc.	10.000	umgesetzt
26	04.03.04	Archiv	weitere Reduktion des Ansatzes für Veröffentlichungen	1.000	umgesetzt
27	05.01.01	Unterstützung von Senioren	Reduktion Aufwendungen für Geselligkeit und Unterhaltung	1.000	umgesetzt
28	05.01.01	Unterstützung von Senioren	Benutzungsgebühren Seniorentreff und optimierte Nutzung	0	Veräußerung des Gebäudes
29	05.01.01	Seniorenarbeit	Einsparung Reinigung Seniorentreff Karl-Siepmann-Straße	0	Veräußerung des Gebäudes
30	06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	Reduzierung freiwillige Zuschüsse	40.000	umgesetzt
31	06.02.02	Kinder- und Jugendarbeit außerh. v. Einrichtungen	Reduktion der Aufwendungen für Veranstaltungen und Ferienmaßnahmen auf den Stand 2006	1.000	umgesetzt
32	06.02.03	Spielplätze	Bestand: 40 Spielplätze; Reduktion von Spielplätzen,		
33			Einsparung Unterhaltungsaufwand	10.000	umgesetzt
34			Reduktion Neuanlage und Umgestaltung von Spielplätzen		
			Abschreibungen ab 1.7., ND=10 J.	11.000	umgesetzt
			Wegfall aktiv. Eigenleistungen	-1.000	umgesetzt

## Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2022 (Umsetzungsstand 2013)

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2013	Bemerkungen
35	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Fam	Reduzierung Leistungsdichte Hilfen zur Erziehung (GPA Ju - 29/36)	50.000	nicht umgesetzt, steigende Fallzahlen
36	06.03.XX	Hilfen für junge Menschen u. Fam	Weiterentwicklung Präventionskonzept (GPA Ju - 29/36)	10.000	inhaltlich umgesetzt
37	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Bestand: 7 Sportplätze; Schließung von zwei Plätzen, Einsparung Unterhaltung geschätzt	7.000	umgesetzt
38	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Einsparung Sportplatzpflege durch ehrenamtliches Engagement, geschätzt	5.000	Entwicklung abwarten
39	08.03.02	Hallenbad	Reduktion der Öffnungszeiten; Einsparung Personalaufwendungen	11.605	umgesetzt
40	08.03.02	Hallenbad	Mehrerträge durch Innenwerbung	0	ausgesetzt 2013
41	08.03.03	Lehrschwimmbecken	Schließung eines Lehrschwimmbeckens; Einsparung Sach- und Dienstleistungen		
			50 % der Aufwendungen	50.000	umgesetzt
42	09.01.02	Verbindliche Bauleitpla- nung, Satzungen	Reduktion des Ansatzes für Vermessungen	4.000	umgesetzt
43	10.03.01	Wohnungsbauförderung	tlw. Verzicht auf Produkt, Ein- sparung Personalaufwendungen	5.890	umgesetzt
44	10.05.01	Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Woh- nungslose, Aussiedler...	Optimierung der Unterbringung: - Gebührenerhöhung? - räumliche Veränderung, insbes. Verzicht auf Miete Haus Hove	11.000	Umsetzung läuft
45	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließl Verkehrsanlagen	Einsparung Straßenbeleuchtung (GPA In - 26)	37.000	umgesetzt
46	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließl Verkehrsanlagen	Reduzierung Leistungsstandard bei der Straßenunterhaltung um ca. 100 € pro 1.000 m <sup>2</sup> Verkehrsfläche (vgl. GPA In - 13)	100.000	umgesetzt
47	13.01.02	Natur und Landschaft	Teilweise Übertragung d. Pflege der Ausgleichsmaßnahmen auf private Grundstückseigentümer gegen Nutzung, z. B. als Spiel- fläche, ca. 20 % vom Ansatz	5.100	noch nicht umgesetzt
48	14.01.02	Besondere Dienstlei-			

Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2022 (Umsetzungsstand 2013)

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2013	Bemerkungen
		stungen im Umweltma-			
		nagement, lokale Agenda	Redukt. Sachaufw. Umweltmarkt	1.000	umgesetzt
49	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	umgesetzt
50	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer		
			von 450 auf 485 v.H. in 2012, 490 v.H. in 2014	811.200	umgesetzt
51	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B von 435 auf 460 v.H.		
			in 2012 und auf 490 v.H. in 2014	256.056	umgesetzt
52	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	700.000	umgesetzt
53	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergnügungssteuer auf 12 % der		
			Bemessungsgrundlage (von 10 %)	16.400	umgesetzt
54	versch.	Flächenmanagement Gebäudeber	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)	33.800	Umsetzung läuft
		<b>Summe:</b>		2.518.816	

## Freiwillige Aufgaben

Produkt	Bezeichnung	Planung 2014	Saldo aus Investitionstätigkeit
01.03.01	Organisationsangelegenheiten	-80.125,00 €	0,00 €
01.03.02	Informations- u. Kommunikationstechnik	-306.137,00 €	-159.250,00 €
01.03.03	Sonstige Zentrale Dienste	-549.864,00 €	-1.000,00 €
01.04.01	Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften, Ehrenamt	-68.317,00 €	0,00 €
01.07.01	Rechtsangelegenheiten	-181.064,00 €	0,00 €
04.01.01	Kulturförderung	-73.621,00 €	0,00 €
04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	-7.890,00 €	0,00 €
04.03.02	Musikschule	-139.282,00 €	0,00 €
04.03.03	Medien und Information	-179.159,00 €	-500,00 €
04.03.04	Kreisarchiv	-32.966,00 €	23.000,00 €
06.02.03	Spielplätze	-394.812,00 €	-60.000,00 €
07.01.01	Sucht- und Drogenhilfe	-40.346,00 €	0,00 €
08.01.01	Sportförderung	-18.162,00 €	0,00 €
08.02.01	Stadien/Sportplätze	-332.936,00 €	-53.625,00 €
08.02.02	Sportgebäude und Sportlerheime	-145.162,00 €	20.000,00 €
08.03.01	Freibad	-112.353,00 €	0,00 €
08.03.02	Hallenbad	-788.541,00 €	-5.000,00 €
14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	-39.445,00 €	0,00 €
15.01.01	Wirtschaftsförderung	-113.293,00 €	-41.680,00 €
15.01.02	Kurzzeittourismus	-40.242,00 €	-2.000,00 €
15.01.03	Stadtmarketing	-21.243,00 €	0,00 €
<b>Summe</b>		<b>-3.664.960,00 €</b>	<b>-280.055,00 €</b>

### Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Saldo aus Investitionstätigkeit
01.01.03	Verwaltungsführung	-203.849,00 €	0,00 €
01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	-40.034,00 €	0,00 €
01.01.05	Beschäftigtenvertretung	-43.730,00 €	0,00 €
01.02.01	Rechnungsprüfung	-138.601,00 €	0,00 €
01.05.01	Personalmanagement	-2.328.826,00 €	0,00 €
01.06.02	Finanz- u. betriebswirtschaftliche Ste	-39.960,00 €	0,00 €
01.06.03	Vollstreckung	-146.729,00 €	0,00 €
01.06.04	Kommunale Steuern und sonstige A	-150.885,00 €	0,00 €
02.01.02	Verkehrsüberwachung	-9.691,00 €	0,00 €
02.02.02	Märkte und Veranstaltungen	-13.376,00 €	0,00 €
02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	-386.623,00 €	0,00 €
03.01.01	Katholische Grundschule	-152.702,00 €	-17.000,00 €
03.01.02	Gemeinschaftsgrundschule Alt-Wett	-224.680,00 €	-13.500,00 €
03.01.03	Gemeinschaftsgrundschule Grundsc	-432.731,00 €	-13.900,00 €
03.01.04	Gemeinschaftsgrundschule Volmars	-305.467,00 €	-11.700,00 €
03.01.05	Gemeinschaftsgrundschule Esborn	-265.785,00 €	-15.800,00 €
03.01.06	Gemeinschaftsgrundschule Wenger	-251.013,00 €	-18.700,00 €
03.01.07	Gemeinschaftsgrundschule Schman	-123.265,00 €	-13.200,00 €
03.01.08	Hauptschule	-256.593,00 €	-3.950,00 €
03.01.09	Realschule	-370.556,00 €	-5.300,00 €
03.01.10	Gymnasium	-1.227.585,00 €	-48.500,00 €
03.01.11	Förderschule	-70.641,00 €	0,00 €
03.01.12	Turn- und Sporthallen	-908.293,00 €	-12.500,00 €
03.01.14	Sekundarschule	-604.463,00 €	-2.247.810,00 €
04.03.01	Volkshochschule	-73.000,00 €	0,00 €
04.03.04	Archiv	-68.064,00 €	-1.000,00 €
05.01.01	Unterstützung von Senioren	-92.331,00 €	-360,00 €
05.02.01	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, P	-103.105,00 €	0,00 €
05.03.05	Jobcenter EN	-875.135,00 €	0,00 €
06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	-1.963.336,00 €	0,00 €
06.01.02	Kindertagespflege	-75.401,00 €	0,00 €

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2014	Saldo aus Investitionstätigkeit
06.02.01	Kinder- und Jugendarbeit in/durch E	-438.788,00 €	-6.500,00 €
06.02.02	Kinder- u. Jugendarbeit (einschl. Kin	-240.539,00 €	-700,00 €
06.03.01	Familienunterstützende Maßnahmen	-1.303.354,00 €	-10.000,00 €
06.03.02	Familienergänzende Maßnahmen	-158.237,00 €	-1.000,00 €
06.03.03	Familienersetzende Maßnahmen	-1.068.211,00 €	0,00 €
06.03.04	Eingliederungshilfe f. seelisch behind	-810.010,00 €	0,00 €
08.03.03	Lehrschwimmbecken	-162.932,00 €	0,00 €
09.01.01	Vorbereitende und informelle Bauleit	-26.778,00 €	0,00 €
09.01.02	Verbindliche Bauleitplanung, Satzun	-170.085,00 €	0,00 €
09.01.03	Städtebauliche Entwicklung und San	-234.393,00 €	-3.417.060,00 €
10.02.01	Denkmalschutz- und pflege	-48.494,00 €	0,00 €
10.03.01	Wohnungsbauförderung	-47.622,00 €	4.407,00 €
11.02.01	Entwässerung	-9.091,00 €	0,00 €
12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschl. Verk	-3.229.629,00 €	-625.660,00 €
12.01.02	Parkplätze u. -häuser	-73.172,00 €	0,00 €
12.02.01	ÖPNV	-34.177,00 €	-2.000,00 €
12.03.01	Straßenreinigung	-366.149,00 €	0,00 €
12.03.02	Winterdienst	-320.000,00 €	0,00 €
13.01.01	Öffentliches Grün	-708.598,00 €	-24.000,00 €
13.01.02	Natur und Landschaft	-52.827,00 €	0,00 €
13.02.01	Wald, Forst- und Landwirtschaft	1.324,00 €	0,00 €
13.03.01	Wasser und Wasserbau	-82.491,00 €	-25.000,00 €
14.01.01	Umweltinformation und -koordinator	-17.199,00 €	0,00 €
14.01.03	Schutz vor alllastenbedingten Gefah	-60.042,00 €	0,00 €
<b>Summe</b>		<b>-21.607.944,00 €</b>	<b>-6.530.733,00 €</b>